

Niedriglohnsumpf ist noch nicht trockengelegt

NACHGEFRAGT bei Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Linksfraktion

Zum traditionell ersten Pressegespräch im neuen Jahr hatte Ina Leukefeld die Medien in die Linksfraktion eingeladen. Trotz insgesamt guter Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Thüringen will die LINKE Arbeitspolitikerin nach wie vor bestehende Probleme ins Blickfeld rücken. Worum geht es?

Mir geht es um die Schere im Bereich von Wirtschaftsentwicklung und Arbeit. Es besteht die Gefahr, dass die positiven Tendenzen an einem Teil der Menschen, die in Thüringen leben, vorbei gehen. Existenz sichernde Arbeit ist und bleibt ein Hauptthema.

Was kann und muss für bessere Bezahlung getan werden?

Thüringen wirbt schon lange nicht mehr mit Niedriglohn als Standortvorteil. Aber damit ist der Niedriglohnsumpf noch lange nicht trockengelegt. Ich denke an den massenhaften Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit, aber auch an die große Zahl von Minijobs. Dass von diesen Beschäftigungsverhältnissen besonders oft Frauen betroffen sind und dass nicht nur mit dem Lohn getrickst wird, sondern Beschäftigte auch um ihre Ansprüche auf Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gebracht werden, ist auch real. Daher ist es ein vorrangiges Ziel, dass Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden.

Eine Erhöhung des Mindestlohns steht auf der Tagesordnung?

Den Mindestlohn gibt es jetzt seit einem Jahr. Entgegen den Unkenrufen hat es dadurch keinen Verlust an Arbeitsplätzen gegeben. In den nächsten Monaten geht es um die Frage der für nächstes Jahr vorgesehenen Anhebung der Lohnuntergrenze. Eine unabhängige Mindestlohn-Kommission aus Gewerkschafts- und Arbeitgebervertre-

tern soll einen Vorschlag unterbreiten. Die LINKE fordert schon länger zehn Euro, die Gewerkschaft Verdi ebenfalls.

Zu den Schwerpunkten gehört es, Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen, aber wie?

Schon die offizielle Arbeitslosigkeit bei Hartz-IV-Beziehenden in Thüringen betrifft knapp 55.000 Menschen. Hin-



zu kommen mehr als 29.000 statistisch nicht erfasste Arbeitslose, die sich z.B. in beruflicher Eingliederung, in vorruhestandsähnlichen Regelungen oder in der Weiterbildung befinden.

Gerade für ältere Langzeitarbeitslose ist die öffentlich geförderte Beschäftigung eine Option, die von Rot-Rot-Grün in Thüringen vorangetrieben wird. Dafür stehen im gerade beschlossenen Doppelhaushalt 2016/17 pro Jahr 7,5 Millionen Euro bereit. Arbeitsplätze entstehen in den Kommunen, in sozialen, ökologischen und kulturellen Projekten. Entscheidend ist, ob die geförderten Tätigkeiten im öffentlichen Interesse liegen sowie zusätzlich und wettbewerbsneutral sind. Mit dem Programm können mehr als 1000 Teilnehmerplätze zur Verfügung gestellt werden. Ein weiteres Landesprogramm

„Arbeit für Thüringen“ fördert die Erprobung zusätzlicher Konzepte der Beschäftigungsförderung und zur beruflichen Integration von benachteiligten Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik. Damit soll die Verbesserung von Integrationsmöglichkeiten sowie die Nachhaltigkeit nach erfolgter Vermittlung in Beschäftigung erreicht werden. Gefördert werden deshalb Einstellungsprämien an Arbeitgeber sowie Lohnkostenzuschüsse für die Beschäftigung von voll erwerbsgeminderten Schwerbehinderten.

Die Regierungskoalition steht nicht zuletzt dafür, geflüchteten Menschen eine Ausbildung oder Arbeit und damit eine lebenswerte Perspektive in Thüringen zu ermöglichen. Gibt es hier schon erste Ansätze?

Im Rahmen des Landesprogramms „Arbeit für Thüringen“ werden auch Projekte gefördert, bei denen es um Unterstützung bei der beruflichen Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen geht, die sehr wahrscheinlich in Deutschland bleiben werden. In diesem Rahmen liegen bereits 22 Anträge für insgesamt ca. 1.600 zu unterstützende Flüchtlinge vor. In Suhl und Nordhausen wurde mit der Arbeit bereits begonnen. Erfreulich, dass hier auch die Wirtschaft in Thüringen gut mitzieht.

Wenn allerdings zunehmend vom Fachkräftemangel gesprochen wird, kann ich das in Anbetracht der Arbeitslosenzahlen nicht nachvollziehen. Hier muss einfach mehr getan werden.

Ina Leukefeld und Pressesprecher Stefan Wogawa beim Mediengespräch am 6. Januar (Foto: Peter Lahn)

VON A BIS Z:

Bildungsplan

Die Landesregierung hat am 18. Dezember mit dem Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre ein durchgängiges Bildungskonzept vorgelegt, „das institutionenübergreifend Bildungsorte und Bildungsansprüche aller Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Schullaufbahn miteinander verbindet“, wie Ministerin Birgit Klauert erklärte.

Mit diesem Bildungsplan nimmt Thüringen eine Vorreiterrolle ein. Der Freistaat ist das erste Bundesland, das ein durchgängiges Bildungskonzept bis zum Erreichen der Volljährigkeit vorlegt.

Bildungsministerin Birgit Klauert machte deutlich: „Mein Ziel ist, Thüringens Spitzenplatz in der Bildung zu halten, zu stabilisieren und auszubauen. Ich bin mir sicher: Der Bildungsplan bis 18 Jahre ist eine sehr gute Grundlage für die weitere Entwicklung von Bildungsqualität. Nun wollen wir die Ergebnisse miteinander diskutieren.“

Zudem beginne nun die Phase der Implementation. Konkret werden bis Ende 2017 zielgruppenspezifische Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Dabei werden zentrale Akteure der bestehenden Unterstützungs-, Beratungs- und Informationssysteme des Landes erreicht. Dazu gehören in Thüringen neben den Schulen und Kitas, Schulämter, Studienseminare, Schulträger, Träger der Kindertageseinrichtungen, Vertreter der Jugendhilfe, der Erziehungs- und der Eingliederungshilfe sowie der Jugendsozialarbeit.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Im neuen Jahr startet der Thüringer Landtag mit Sitzungstagen vom 27. bis 29. Januar. Weitere Plenartagungen sind anberaumt am 24. und 25. Februar, am 16. und 17. März (Reservetermine am 23. Februar und am 15. März) sowie am 20. und 21. April.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Kommune 4.0

Zu einer Fachkonferenz „Kommune 4.0 – öffentlich, bürgerInnennah, digital“ laden die Fraktion DIE LINKE und die Bundsarbeitsgemeinschaft Netzpolitik der Partei DIE LINKE am Freitag, den 5. Februar, 10.00 bis 15.00 Uhr in den Thüringer Landtag, Käthe-Duncker-Saal (F 201) ein. Dabei geht es um Chancen für die digitale Kommune, erfolgreiche Pilotprojekte, politische und bürokratische Hemmnisse sowie Anforderungen an die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Erwartet werden u.a. Malte Krückels, Staatssekretär für Medien in der Staatskanzlei, der Thüringer Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee sowie Dr. Lutz Hasse, Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Kaliabwässer

Nachdem der Konzern K+S Kassel die erneute Erlaubnis zum Versenken von Kaliabwässern in den Untergrund beantragt hat, erinnerte MdL Tilo Kummer daran, dass sich K+S zur Halbierung der Abwassermengen verpflichtet hatte. „Trotzdem setzte das Regierungspräsidium Kassel Ende November die Werragrenzwerte für K+S wieder hoch und lässt jetzt noch die Versenkung fortsetzen, die nachweislich über 700 Quadratkilometer Grundwasserkörper weiter schädigt und damit sträflich gegen europäische wasserrechtliche Auflagen verstößt.“ Dies sei eine „Überkompensation der Wünsche eines Konzerns zur Gewinnmaximierung und nicht ein notwendiges Mittel zur Arbeitsplatzsicherung“.

Windenergie

Die Windenergie in Thüringen ist auf dem richtigen Weg, so Steffen Harzer, Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz, in einem Statement zur ergänzenden Windpräferenzstudie des Thüringer Infrastrukturministeriums. „Die Windenergie ist und bleibt der Lastesel der erneuerbaren Energien“, betonte der Energieexperte der Linksfraktion. Sie sei die preiswerteste erneuerbare Energie in der Herstellung und mit den neusten technologischen Entwicklungen auch in vielen Gebieten verfügbar. Gerade als regionale Wertschöpfung und für die regionale Vermarktung stelle die Windenergie ein bisher in Thüringen von Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften vielfach noch ungenutztes Potential dar.